

Bundesrat ignoriert Geheimdienst

Der NDB drängt vergeblich auf Massnahmen gegen spionierende russische Diplomaten

Simon Marti

Als Russland im Februar in die Ukraine einfiel, geriet die offizielle Schweiz ins Schleudern. Es brauchte Tage und eine gehörige Portion Druck aus dem Ausland, bis sich der Bundesrat schliesslich doch noch dazu durchrang, die westlichen Sanktionen gegen Moskau mitzutragen. Aber in einem zentralen Punkt weicht er nach wie vor von der Linie der EU ab: im Umgang mit russischen Spionen. Der Bundesrat weigert sich, die verdeckt agierenden Russen härter anzugehen. Ein umstrittener Kurs. Nun zeigen Recherchen, dass die Regierung dabei ausgerechnet die Einschätzungen des eigenen Nachrichtendienstes (NDB) ausblendet.

Kurz nach Kriegsausbruch mussten zahlreiche russische Botschaftsangehörige die europäischen Hauptstädte verlassen. Sie verloren ihre Akkreditierung und wurden des Landes verwiesen. Das ist mehr als blosses Symbolpolitik: Etliche Agenten nutzen den Deckmantel diplomatischer Immunität, um für Moskau zu spionieren. Auch in der Schweiz.

Der Nachrichtendienst schätzte im Frühling, dass rund ein Drittel des in Bern und Genf tätigen diplomatischen Personals aus Russland in Tat und Wahrheit Geheimdiensten zuarbeitete. Bald warnte der NDB, das Land könnte zum Einfallstor werden für Moskauer Nachrichtendienste. Die Warnungen liefen ins Leere – genauso wie die Empfehlungen, entschlossener gegen spionierende Diplomaten vorzugehen. Das zeigt erstmals ein Sitzungsprotokoll, das die «NZZ am Sonntag» gestützt auf das Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (BGÖ) einsehen konnte.

Verpasste Chance

Ende Juni trafen sich Vertreter verschiedener Departemente, um gemeinsam zu überlegen, wie der Bund mit einem Anliegen aus dem Parlament verfahren soll, das genau darauf abzielt. Eine Motion der Aussenpolitischen



Russische Botschaft in Bern: Der Bund zögert im Umgang mit akkreditierten Agenten des Kreml.

Kommission des Nationalrats verlangt vom Bundesrat die Formulierung einer eigenständigen Sanktionspolitik und im gleichen Zug ein aktives Vorgehen gegen spionierende russische Diplomaten. Der Vorstoss ist allgemein gehalten, mehr Bekenntnis als klare Handlungsanweisung. Eine Einladung an den Bundesrat, den Missstand mit eigenen Ideen zu beheben.

Der verwaltungsinternen «Koordinationsgruppe» war dies nicht geheuer. Eine klare Mehrheit der Sitzungsteilnehmer sprach sich gegen den Vorstoss aus, wie das Protokoll vermerkt.

Auch der NDB, beim Bund dafür zuständig, ausländische Diplomaten auf Herz und Nieren zu prüfen, bevor sie ihre Residenzen beziehen, sass an diesem 27. Juni mit am Tisch. Seine Experten waren die Einzigen, die Gegensteuer gaben. Die Motion

der Nationalräte sei für den Umgang mit spionierenden Diplomaten eine Chance, erklärten die NDB-Beamten. Sie betonten die Handlungsmöglichkeiten, die der Bund durch eine Annahme gewänne, und riefen den Anwesenden in Erinnerung, dass bereits heute eine rechtliche Basis vorhanden sei, «um in dieser Situation Massnahmen zu ergreifen».

Der NDB fand kein Gehör. Zu gross seien die politischen und ökonomischen Risiken einer entschlossenen Sanktionspolitik, so die Furcht in den anderen Dienststellen. «Wenig konstruktiv», lautete das Verdikt eines Beamten des Bundesamtes für Justiz.

Der Bundesrat folgte der vorgeschlagenen Argumentation dankbar. Auf die nachrichtendienstliche Tätigkeit russischer Diplomaten geht die Regierung in ihrer Antwort an das Parlament gar nicht erst ein. Wenn von Sanktionen

die Rede ist, soll jegliches Risiko minimiert werden. Schwierig wird es, wenn dadurch wie im Falle der russischen Diplomaten womöglich neue Risiken entstehen.

Russische Bedrohung

Mitte-Präsident Gerhard Pfister hat so gar kein Verständnis für diese Haltung. «Der Bund ignoriert in dieser Frage seine eigenen Spionage-Experten. Das kann ich nicht nachvollziehen», sagt der Zuger Nationalrat. «Wenn der NDB Handlungsbedarf signalisiert, dann sollte uns das hellhörig machen.» Es gehe ihm nicht darum, dass der Bundesrat die Motion Punkt für Punkt umsetze. Wenn die Regierung bessere Vorschläge habe, könne sie diese gerne formulieren. Identifizierte Spione aber müssten umgehend das Land verlassen, verlangt Pfister. «Selbstverständlich müsste

Der NDB macht kein Hehl aus der Bedrohung, die von Putins Russland ausgeht.

man solche Diplomaten ausweisen. Das erwarte ich von einem Staat, der seine Souveränität verteidigt und seine Sicherheit garantieren muss.»

Der grüne Aussenpolitiker Nicolas Walder setzt sich gemeinsam mit Pfister dafür ein, die «Sanktionspolitik grundsätzlich zu überdenken und zu klären», wie er es formuliert. Und auch der Genfer Walder kann nicht begreifen, dass die Regierung die Einwände des NDB übergeht. «Als kleines Land, dessen Überleben von der Einhaltung des Rechts abhängt, kann es uns nicht egal

sein, wenn Grossmächte ihren Willen mit Gewalt durchzusetzen versuchen», sagt Walder. Wenn der Bund wisse, dass russische Diplomaten in der Schweiz spionieren, müsse er auch die Möglichkeit haben, diese Tätigkeit effizient zu unterbinden. «Darm unterstützte der NDB ja auch die Motion.» Erschwerend kommt hinzu, dass gleich drei Departemente von dieser Frage unmittelbar betroffen sind. Alle geben sich auf Anfrage zugeknöpft. Das in der Sanktionspolitik federführende Wirtschaftsdepartement von Bundesrat Guy Parmelin nimmt weder Stellung zum Standpunkt des Nachrichtendienstes noch zur bundesrätlichen Position.

Ähnlich tönt es aus dem Hause von Aussenminister Ignazio Cassis: «Das EDA kommentiert die Einschätzung des NDB nicht.» Das Aussendepartement lässt ebenfalls offen, ob die Schweiz identifizierte Spione ausweist. Fakt ist: Die Zahl der in Genf oder Bern akkreditierten Russen hat sich seit Jahresbeginn kaum verändert. Derzeit sind 212 Diplomaten, Konsularbeamte und weitere Botschaftsangestellte aus Russland gemeldet. Allfällige Vergehen behandelt das EDA diskret. Interventionen geschähen auf diplomatischem Weg, so ein Sprecher. «Eine Entscheidung über die Ausweisung eines Diplomaten wird aus Gründen der inneren Sicherheit getroffen, und diese Fälle werden nicht öffentlich kommuniziert.»

Auch der Nachrichtendienst, angesiedelt in Bundesrätin Viola Amherds Verteidigungsdepartement, will seine Unterstützung für die Motion nicht erklären. Man äussere sich weder zu seinen internen Prozessen noch zu seinen operationellen Tätigkeiten und Vorgehensweisen, so eine Sprecherin. Aber der NDB macht kein Hehl aus der Bedrohung, die von Putins Russland ausgeht. «Die russischen Spionageaktivitäten sind seit langer Zeit ein Hauptfokus des Nachrichtendienstes.» Der Ukraine-Krieg habe die Richtigkeit dieses Schwerpunkts bestätigt.

18.11.–19.12.2022

STRESSLESS®- WOCHEN

**Viele Filialen auch
am Sonntag 11. Dezember
geöffnet****

pfister.ch

* 10% auf das Stressless®-Sortiment, gültig bis 19.12.2022. Nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen, nicht gültig für Services und bereits erteilte Aufträge. Als myPfister Member profitieren Sie von zusätzlichen 2% Bonus.

** Folgende Filialen haben am 11.12.2022 für Sie geöffnet: Affoltern, Lyssach, Bern, Contone, Emmen, Pratteln, Spreitenbach, Suhr.